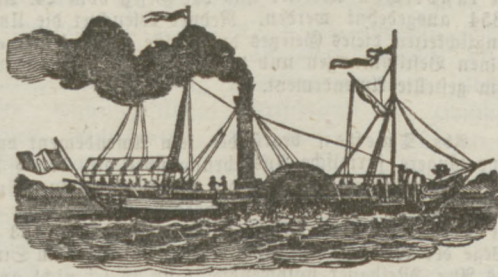


# Danziger Dampfboot.

№ 37.

Montag, den 13. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillegasse Nr. 5. wie auswärts bei allen königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Netemeyer's Centr.-Bzgs.- u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Jllgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau. In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haafenstein & Bogler.

## Telegraphische Depeschen.

Kopenhagen, Sonnabend 11. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstags-Folkethings wurde das Finanzgesetz debattirt. Der von Escherich motivirte Vorschlag der Bauernfreunde, dahin gehend, dem Reichsrathe die Befugniß zu Bewilligungen zu Gunsten des Reichstages abzunehmen, wurde mit 51 gegen 37 Stimmen verworfen, und das Finanzgesetz hierauf mit 56 Stimmen gegen 8 angenommen; dasselbe kommt nunmehr vor das Landsthing. In der nächsten zu Dienstag anberaumten Sitzung des Folkethings wird der Minister des Innern den Vorschlag zum Bau der süd-jütischen Eisenbahn, welche von Wandrup bis Strandbysø gehen soll, sowie zu Hafenanlagen bei Strandbysø machen.

Wien, Sonnabend 11. Februar.

Der Eisenbahnverkehr ist durch große Schneemassen nach allen Richtungen gehemmt.

Paris, Sonnabend 11. Februar.

Der Kassationshof hat den Rekurs der Dreizehn wegen Bildung eines Wahlkomite's zu einer Geldstrafe von 500 Franken Verurtheilten verworfen.

Petersburg, Sonntag 12. Februar.

Aus Anlaß der von einem Theile des Moskauer Adels an den Kaiser gerichteten Adresse ist ein vom 10. d. datirtes kaiserliches Rescript folgenden Inhalts erschienen: Die vollführten und vorbereiteten Reformen bewiesen hinlänglich die Fürsorge des Kaisers für eine Verbesserung und Vervollkommnung der politischen Organisation, nach Maßgabe der Möglichkeit. Die Vergangenheit müsse eine Bürge für die Zukunft sein. Kein Unterthan dürfe den Beschlüssen des Kaisers vorgreifen; keine Klasse sei gesetzlich berechtigt, im Namen einer andern zu sprechen. Solche Abweichungen vom Gesetze könnten die Pläne des Czaren nur aufhalten. Er sei fest überzeugt, ähnlichen Hindernissen niemals wieder bei dem treuen Adel zu begegnen.

Der Minister des Innern ist beauftragt worden, das kaiserliche Rescript den Gouverneuren aller der Städte mitzutheilen, in denen Adels- oder Provinzialversammlungen tagen sollten.

Die „Deutsche Petersburger Zeitung“ widerlegt das Gerücht, nach welchem Rußland im Vereine mit Frankreich die deutschen Mittelstaaten moralisch unterstütze. Frankreichs und Rußlands Interesse sei in Bezug auf Deutschland ein verschiedenes. Für Frankreich sei Deutschland eine Drohung, für Rußland eine Schutzmauer; Deutschlands Einigkeit gereiche Rußland zum Vortheil, Deutschlands Zwietracht bringe ihm Gefahr.

Warschau, Freitag 10. Februar.

Der Plan zur Reorganisation des Königreichs Polen ist amtlich hier angelangt. Sämmtliche Regierungskommissionen und Subalternregierungen werden hierdurch aufgehoben, die verschiedenen Verwaltungszweige bilden hinfort nur Abtheilungen der entsprechenden Ministerien in St. Petersburg. Das ganze Land wird in 27 Departements getheilt mit je einem Präfecten. Die Statthaltertschaft hört auf; dafür übernimmt der Oberbefehlshaber der Truppen die Civilverwaltung.

## Parlament.

Haus der Abgeordneten.

8. Sitzung. Sonnabend am 11. Februar.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. Die Tribünen sind dicht besetzt. Am Ministerische befinden sich: der Finanzminister v. Bodel-

schwingh, der Handelsminister Graf Zhenpliz, der Justizminister Graf zur Lippe und die Regierungskommissarien; später der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow. — Nach Erledigung einiger Urlaubsgesuche theilt der Präsident mit, daß ihm zahlreiche Zustimmungsadressen und Telegramme zugegangen sind u. a. aus Essen, Solingen, Königsberg, sowie, daß die Kölner Wahlmänner ihre Adresse durch eine eigne Deputation hergesandt und mit einer Bürgerkrone begleitet haben, welche er (der Präsident) nur im Namen der liberalen Majorität des Hauses und für diese angenommen habe. Er werde sie als treuer Hüter bewahren. Die eingelassenen Zustimmungsadressen seien auf dem Tisch des Hauses ausgelegt; er bitte indeß um die Erlaubniß, dieselben nach genommener Einsicht zu seinen Privatpapiere legen zu dürfen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt der Handelsminister Graf Zhenpliz einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der §§. 2 und 5 der Bankordnung, ein.

Ferner bringt der Finanzminister v. Bodelschwingh auf Grund allerhöchster Ermächtigung einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Steuer von dem im Lande erzeugten Wein ein.

Das Haus geht darauf zur Tagesordnung über.

Der Abgeordnete v. Bonin hat den Antrag eingebracht: Das Haus wolle beschließen: Auf Grund des Art. 106 der Verfassungs-Urkunde, die Rechtsgültigkeit des Allerhöchsten Erlasses vom 21. März 1862 betreffend die Herabsetzung des Zinsfußes der nach dem Erlaß vom 7. Mai 1850 und vom 28. November 1851 kreirten Staats-Anleihe von 4½ auf 4 Prozent der verfassungsmäßigen Prüfung zu unterziehen. Motive: Sicherstellung des Staats-Credits durch Befreiung der durch den Allerhöchsten Erlaß vom 21. März 1862 herbeigeführten Rechtsunsicherheit.

Abg. Zwesten führt aus, daß schon im Jahre 1862 in der Kommission die Frage der Konvertirung rechtlich und finanziell erörtert und als finanziell begründet angesehen worden sei. Das Abgeordnetenhaus habe sich damals in demselben Sinne ausgesprochen; die Sache sei daher eigentlich erledigt.

Abg. v. Bonin weiß nicht, ob die Erörterungen der damaligen Kommission wirklich so gründlich gewesen sind; er bleibt dabei stehen, daß der Antrag an die Justiz-Kommission überwiesen werde. — Die Schluss-Verathung wird abgelehnt und der Antrag der Justiz-Kommission überwiesen.

Das Haus geht zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der Verathung des Schulze- und Faucher'schen Antrags über Aufhebung der §§. 182 und 183 der Gewerbeordnung über. Vom Abgeordneten Zwesten und Genossen ist ein Verbesserungs-Antrag eingegangen, welcher nur die §§. 181, 182 und 184 aufgehoben wissen will, weil §. 183 schon durch die Verfassung aufgehoben sei. — Gegen den Kommissionsantrag erhält das Wort:

Abg. Schulze (Berlin). Weil ich mit den Ausführungen der Kommission nicht in allen Stücken übereinstimme, werde ich für das Amendement Zwesten stimmen. Ich schließe mich den Ansichten des Herrn Handelsministers an, daß das Koalitionsrecht allein den Arbeitern nicht helfen wird, sondern ich bin der Ueberzeugung, daß es in Zusammenhang gebracht werden muß mit der Aufhebung jenes Negs von Bestimmungen, welche den Gewerbeverkehr überhaupt einschränken. Unsere Partei hat sich daher auch früher nicht mit Meinungsäußerungen begnügt, sie hat vielmehr die Initiative durch Einbringung eines vollständigen Gewerbe-Gesetz-Entwurfs ergriffen, der alle jene Momente in's Auge faßte. Die jetzige Situation hat den Antrag hervorgerufen. Bisher baute sich diejenige Fraktion, welche in diesem Hause die Minderheit, in dem andern Faktor der Gesetzgebung dagegen die Majorität bildet, gegen eine Befreiung der beschränkenden Bestimmungen der Gewerbe-Gesetze gestimmt; jetzt aber ist von dieser Seite her eine Agitation ins Leben gerufen, welche die Aussicht eröffnet, einzelne jener Bestimmungen zu beseitigen. Wir müssen daher die Gelegenheit wahrnehmen, um eine Breche in jenen Wall von Einschränkungen zu schießen; die Folge wird sein, daß die übrigen Einschränkungen ebenfalls fallen müssen. Ich begreife es mit Freuden, daß der Regierung, welche früher die Dringlichkeit des Bedürfnisses von Änderungen nicht anerkennen wollte, durch jene Agitationen dies Motiv abge-

schnitten worden ist, sowie, daß die Auffassung der Regierung wesentlich von der der konservativen Partei abweicht, indem sie erklärt hat, daß die von ihr zu ergreifende Initiative sich nicht etwa nur auf korporative Genossenschaften erstrecken werde. Die Anträge der Kommission enthalten indessen Dinge, die der Koalitionsfreiheit fremd sind. — Die Koalitionsfreiheit zu fordern, haben die Arbeiter das vollständige Recht. Wenn der einzelne Arbeiter seine Arbeit aufgibt, weil er mit dem Lohne nicht zufrieden ist, belegt dies kein Gesetz mit Strafe. Aber das, was für den Einzelnen nicht strafbar ist, soll der Allgemeinheit verboten werden. Darin liegt ein Hohn, denn man hebt die Wirksamkeit der Arbeitseinstellungen auf, wenn man dieselben, sobald sie gemeinschaftlich geschehen, verbietet. Durch das Verbot der Arbeitseinstellungen wird der Arbeiter dem natürlichen Boden der wirtschaftlichen Erziehung entzogen. Durch die Aufhebung des Verbots der Koalitionen werden sie den krankhaften Boden in einen gesunden umwandeln. Nur auf gesundem Boden ist die Selbsterziehung des Arbeiters möglich. Die Einführung der englischen Verhältnisse zur Bekämpfung des Koalitionsrechts beruht auf einseitiger Auffassung. Es ist sehr natürlich, daß der Gebrauch des Koalitionsrechts in vielen Fällen zum Schaden der Arbeiter gereicht hat, weil sie nicht den rechten Moment erfaßt hatten. Darum aber darf man die Größe der allgemeinen Wirkung des Koalitionsrechts nicht unterschätzen, denn schon das Vorhandensein der Möglichkeit, daß die Arbeiter von ihrem Rechte Gebrauch machen könnten, hat die Folge, daß sich die Arbeitgeber bedenken werden, es dahin kommen zu lassen. Dieser Segen zeigt sich in England in der fortwährend ruhigen Erhöhung der Löhne. Nicht das Naturgesetz, meine Herren, vermag das Koalitionsrecht zu ändern, nicht die Konjunkturen des Marktes wird es schaffen, aber es wird die Arbeiter in die Lage setzen, eine günstige Konjunktur des Marktes zu benutzen. (Zustimmung.) Geben Sie den Arbeitern diese Schule der Freiheit. Wer möchte leugnen, daß man auch mit der Freiheit Mißbrauch treiben kann; Freiheit ohne die Möglichkeit des Mißbrauchs ist ein Unding. Darum darf uns aber die Besorgniß vor dem Mißbrauch nicht zurückschrecken. Schaffen wir daher den Arbeitern die Gelegenheit, sich in offenen Versammlungen zu orientiren über die Bedingungen ihrer Lage. Auch jetzt schon sind trotz des Verbots der Arbeitseinstellung solche oft genug zu Tage getreten. Aber sie haben sich ins Geheim verbreitet und zu ungeheuerlichen Ausschreitungen geführt. Legalisiren Sie die Ausübung des natürlichen Rechts der Arbeiter, so werden Sie ungeheuerliche Ausschreitungen verhindern.

Der Präsident theilt mit, daß ein Antrag des Abgeordneten v. Bonin (Genthin) eingegangen ist: den Antrag der Abg. Schulze (Berlin), Dr. Faucher und Genossen der königl. Staats-Regierung zur Berücksichtigung bei den durch ihre Erklärung in Aussicht gestellten Schritten zu überweisen.

Abg. Reichensperger. Er habe trotz ernstester Bedenken sich entschieden, für den Antrag der Kommission zu sprechen. Voraussetzlich werde in nächster Zeit doch nichts daraus werden. — Ruder geht ausführlicher auf die hinlänglich bekannten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte ein und erklärt sich im Speziellen gegen den Zwang, der durch die Vereine für Arbeitseinstellung in Konventionalstrafen ihren Mitgliedern zu dem Zweck auferlegt werde, bei der Arbeitseinstellung zu beharren, bis die Majorität anders beschlosse. Er erinnert an das goldene Wort für die Arbeiter: Wenn Euch Einer sagt, Ihr könnt auf andere Weise reich werden, als durch Fleiß und Sparsamkeit, so hört nicht auf ihn. Man müsse stets da an denken, daß die Arbeit hinter sich die Ketten der Nothwendigkeit schlepper, aber an der Stirn das Stammenzeichen der Freiheit trage.

Abg. Wagenner (A. u. K.). Meine Herren! Die ganze Arbeiterfrage läßt sich gewissermaßen nach zwei Richtungen verfolgen, nach der imperialistischen in Frankreich und der parlamentarischen in England; die erste will, wie man es hier nennt, die Staatsbüßel, die zweite will die Selbstbüßel. Beide enthalten vieles Richtige und manchen Irrthum. Die erste, die imperialistische, ist darin falsch, daß sie, wenn sie in ihrer Vollendung gedacht wird, sich selbst requirit. Sie führt zu enormen Schuldanbahnungen; sie muß schließlich wie Kaiser Nero Städte anzünden, um sie wieder aufzubauen. Schon jetzt sind die Arbeiter in Paris so hoch gezeiten, daß der mitlere Bürgerstand aus Paris hinaus muß. Diese Richtung kann endlich

nur dazu beitragen, die Präsektionswirtschaft zu vergrößern, (Hört!) Es ist andererseits eine große Illusion, daß durch das englische Koalitionsrecht, das sich in parlamentarische Formen kleidet, die Wünsche der Bevölkerung befriedigt werden. Auch in England wird man bald vom allgemeinen Stimmrecht hören, und bereits scheint Viscount Amberley sich als englischer „Cassalle“ etabliren zu wollen. (Heiterkeit.) Auch in England fängt man an zu centralisiren und nicht ohne guten Erfolg. Die Arbeiter sehen in den Fabrik-Inspektoren die einzigen Wohltäter ihres Standes, die einzigen, durch welche wirklich wahrheitsgetreue Berichte erstattet werden. Aus alle dem ergibt sich unser Projekt und das, was wir von beiden Richtungen für gut halten und was wir ausscheiden wollen. Wir wollen den Bestrebungen nach Selbstständigkeit auf dem Wege der Gesetzgebung entgegenkommen und unter Umständen bis zu den Produktiv-Associations vorschreiten, die wir mit Staatsmitteln so weit unterstützen möchten, als dies bei den Eisenbahnen z. B. durch Zinsgarantien zu geschehen pflegt. (Hört, hört!) Wir geben auch davon aus, daß, wenn nicht zur rechten Zeit, und an der rechten Stelle anerkannt wird, was am allgemeinen Stimmrecht das Wahre ist, dann leicht eine Situation geschaffen werden könnte, in der man dem Massensticht der Bataillone der Arbeiter vergeblich Stand zu halten suchen wird. — Meine Herren: Durch meinen und meiner Freunde Antrag wird die Frage übrigens in keiner Weise verzögert; glauben Sie mir; der Antrag des Abg. Schulze und Genossen wird den andern Faktor der Gesetzgebung nur ungefährdet passiren, wenn er mit einem Geleitsbrief von der Regierung versehen ist.

Der Präsident theilt mit, daß vom Abg. Weibauer ein Antrag eingegangen sei, dahin gehend: 1) aus dem Kontext des von der Kommission vorgeschlagenen Gesetzesentwurfes § 183 fortzulassen; 2) auszusprechen, daß § 183 der Gewerbeordnung seit Einführung der Verfassung keine Gültigkeit mehr habe, und daß Abg. Becker (Dortmund) das Amendement zum Kommissionsantrage gestellt habe: 1) das Gesetz über die Verletzungen der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 aufzuheben, eventuell, wenn dies abgelehnt würde, 2) die Bestimmungen des § 3 des Gesetzes über die Verletzung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter u. s. w. aufzuheben. Beide Anträge werden ausreichend unterstützt.

Abg. Dierrath schließt sich den Ausführungen des Abg. Reichensperger an und betont namentlich, daß die Thätigkeit seiner (der katholischen Centrums-) Fraktion für die Freiheit auch der Arbeiter prinzipieller Natur und nicht etwa erst durch die letzten Agitationen hervorgerufen sei. — Dr. Faucher (vom Plaze gegen den Kommissionsantrag). Bei den ersten Worten des Redners ertönt der Ruf: („Tribüne!“) Vice-Präsident v. Unruh erklärt, daß der Redner das Recht habe, vom Plaze zu sprechen; Abg. Faucher bemerkt, daß er von seinem Plaze aus besser verstanden werde; auf der Tribüne werde er außerdem dem Präsidenten den Rücken zugehren und spreche zu dem Ministerium, dem er in dieser Sache nichts zu sagen habe. (Heiterkeit.) Demnach fährt der Redner fort: Der gestellte Antrag sei nicht so jung, wie der Abg. Wagener ihn geschildert habe. Bei den seit 1862 stattgefundenen Kommissions-Berathungen neuer Gewerbe-Gesetzesentwürfe habe der Regierungskommissar wiederholt geäußert, daß die Koalitionsfreiheit von den Arbeitern ja noch gar nicht gefordert sei. Er habe sich deshalb damals an den Arbeiter-Verein mit der Aufforderung, eine Petition zu veranlassen gemeldet, indem er dort erzählt habe, wie zünftige Erfolge die volle Koalitionsfreiheit in England seit 1855, seit Beseitigung der Verschwörungsbill, gehabt habe. Erst nachher hätten die Socialisten angefangen, Kapital aus der Koalitionsfrage zu machen. Doch würde auch jetzt mit dem Antrage auf bloße Beseitigung der §§. 181 und 182 nicht vorgegangen sein — denn in Verbindung mit diesen Paragraphen müßten noch manche andere, wie z. B. die §§. 47 und 48, 31 u. 32 fallen — wenn die Bewegung nicht eine so bedenkliche Höhe angenommen und man dießfalls nicht hätte zeigen wollen, daß es an dem guten Willen hier nicht fehle. Wenn er sich also gleichwohl mit Aufhebung der §§. 181 und 182 als einzelner ohne Verbindung mit den übrigen einschlägigen Paragraphen schon jetzt einverstanden erkläre, so geschehe es, damit der Arbeiterstand den Glauben verliere, daß an dem Lohnsage irgend etwas durch den Willen und die Bestimmung der Menschen geändert werden könne. Redner weist nunmehr nach, daß zwar momentan eine willkürliche Erhöhung oder Erniedrigung der Löhne eintreten könne, daß jede Willkür aber durch den Schaden, die sie sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern bringe, sich sehr bald wieder selbst vernichten müsse und so das natürliche Verhältnis wieder hergestellt werde; daß endlich Produktiv-Associations die letzte Frucht einer gefunden und normalen Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse sein würden. Die Mittheilung der Regierung, daß sie eine Kommission aus Mitgliedern des Landtages und interessirten Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aussicht genommen, habe ihn außerordentlich überrascht; er halte es fast für unmöglich, daß Kommissionen der legislativen Körperschaften mit den Interessirten in Berathung treten könnten, zumal man nicht wisse, welche Stellung die Häuser dabei annehmen sollen. Er verstehe dies Anerbieten nicht und würde es mit Dank aufnehmen, wenn der Herr Handelsminister nähere Erläuterungen hinzufügen wolle. Jedenfalls dürfte das Haus durch diese Mittheilung sich in seiner Thätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbe-Gesetzgebung nicht aufhalten lassen. Auf die Absichten der konservativen Partei bei Aufhebung der in Frage stehenden Paragraphen eingehend, bemerkt Redner, daß die Tradesunions in England, die der Abgeordnete für Neu-Stettin im Sinne gehabt zu haben scheint, keine Korporationen wären, die alle Arbeiter aller Pro-

dukionszweige umfassen und daß diejenigen Arbeiter, die sich in ihnen befänden, sich einen Regierungs-Kommissar zur Beaufsichtigung sehr verbitten würden. (Hört, hört.) Ueberhaupt seien die Tradesunions in England nicht Genossenschaften, welche die Gewerbefreiheit vertreten, sondern sie ständen letzterer gewissermaßen als Zunftgenossenschaften gegenüber. Falls schließlich die Regierung bei den Konzeptionen, welche sie gemacht, moderne Genossenschaften im Auge habe, dann würde man ihr Entgegenkommen mit Freuden begrüßen. (Bravo.)

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen dürfe sich nicht nur auf gewerbliche Arbeiter beziehen; sie müsse auch auf die ländlichen Arbeiter und das Gesetz vom 24. April 1854 ausgedehnt werden. Redner beleuchtet die Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes durch eine Kritik seiner einzelnen Bestimmungen und begründet schließlich das von ihm gestellte Amendement.

Abg. Zweiten begründet sein Amendement durch eine längere juridische Ausführung über die, den § 183 der Gewerbeordnung durch die Verfassungsurkunde und das Vereinsgesetz zu Theil gewordene Derogation. Es sei weder die ausdrückliche Aufhebung jenes § 183 im Wege der Gesetzgebung, noch eine Deklaration im Sinne des Abg. Weibauer notwendig, denn es sei nicht angebracht, einen Zweifel darüber zu konstatiren, daß der § 183 seine Geltung seit dem Erlaß der Verfassung verloren habe; wenn irgendwo, gelte hier der Satz: *Superflua nocent*. Was § 184 betreffe, so lasse sich derselbe nur im Zusammenhang mit einer Revision der ganzen Gewerbeordnung aufheben, so gehässig er auch wegen seiner Einseitigkeit den Arbeitern erscheinen möge. Zur Gewährung der Koalitionsfreiheit, welche die Arbeiter zu verlangen ein Recht hätten, sei übrigens die gegenwärtig ruhige Zeit besonders geeignet. Redner geht darauf zu einer Kritik der Wagener'schen Ausführungen über. — Als ich in dem Antrage des Hrn. Wagener u. Genossen Worte las, die in den 40er Jahren die Welt bewegt haben, die Worte von Organisationen, welche es ermöglichen, daß der Arbeiterstand als solcher die gebührende Stellung im Staatsvertrage einnehme, und als ich in den Motiven die „Arbeiterfrage“ erklarte, da konnte ich nicht umhin, mich an ein Wort zu erinnern, welches ein früherer fast fanatischer Anhänger dieser Partei gesprochen, nämlich der Professor Huber, der bekanntlich noch jetzt zu den reaktionärsten Männern in Deutschland zählt, aber um die Verbesserung des Arbeiterstandes im Einzelnen und um das Genossenschaftswesen große Verdienste hat. Huber sagt: „diese Partei ist nicht eine Stütze, sondern ein Stein am Halse jeder Macht, der sie anhängt, vom Königthum bis zur Zunft.“ (Hört! Hört!) Und wenn der Herr Abg. Wagener hier die Arbeiter organisiren will nach Art der Zünfte und Bünde, so meine ich, haben wir alle Ursache zu denken, daß die Arbeiter diese Freundschaft einmal theuer bezahlen könnten. — Der Herr Handelsminister hat von „positiven Mitteln“ gesprochen. Er sagt zwar: „insbesondere durch Förderung des Genossenschaftswesens“; ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß diese positiven Mittel ein sehr zweideutiger Ausdruck sind. Es könnten dadurch Illusionen angeregt werden, die der Herr Minister gewiß nicht anregen will, die aber ein politischer Charlatanismus in neuerer Zeit hin und wieder in Scene gesetzt hat. Der Abg. Wagener hat von Staatsunterstützung gesprochen, von Produktiv-Genossenschaften mit Staatsunterstützung. In den gedruckten Motiven steht das freilich nicht, aber auch in einer bloßen Rede ist es, glaube ich, das erste Mal, daß in diesem Hause in dieser Weise auf „Staatsunterstützung“ hingewiesen worden ist. Und ich meine, wir haben alle Ursache, Illusionen, die in solcher Weise bei den Arbeitern angeregt werden, entgegenzutreten. (Sehr wahr!) Herr Wagener meint bereits, er habe mit uns schon nicht mehr zu verhandeln, sondern mit unsern Hintermännern, und weist auf den verstorbenen Cassalle hin. Meine Herren, Cassalle hat die Wahrheit ausgesprochen, daß den Arbeitern mit politischen Rechten allein schwerlich gebient ist, daß unter den Arbeitern auf eine nachhaltige Agitation, etwa zu revolutionären Zwecken nicht zu rechnen ist, wenn man ihnen bloß von politischen Zielen, vom allgemeinen Wahlrecht und dergl. spricht. Cassalle meinte, um die Arbeiter in Bewegung zu bringen, müsse etwas Anderes hinzutreten; es müsse ihnen Geld in Aussicht gestellt werden, Staatsunterstützungen in weiterem Umfange. Geldunterstützungen, die den Arbeiterstand als solchen heben und in größerer Menge verwendet ihn auf eine andere Stufe fördern könnten, halten wir Alle für etwas vollkommen Unmögliches. (Laut und vielseitige Zustimmung.) Es ist das eine neue Art des Kommunismus, (sehr richtig!) mit der wir in den 40er Jahren fertig zu sein glaubten (der Redner wird durch lauten Zuruf der Bestimmenden fast unterbrochen). Agitationen haben auch jetzt keine Gefahr. Es hat sich gezeigt, daß die Cassalle'sche Agitation außerordentlich wenig Boden gefunden hat, daß sie nur auf einen außerordentlich kleinen Kreis von Arbeitern Einfluß geübt hat. (Bewegung.) Eine Stimme von der Zuhörer-Tribüne: „Doch!“ Meine Herren, ich will zugeben, auf manchen Einzelnen. Einzelnen kann man sogar mit Geldunterstützungen unter die Arme greifen; die konservative Partei kann Literaten kaufen und auch einzelne Arbeiter kaufen (Bravo! Sehr gut!), daran zweifle ich nicht im Mindesten. Und wenn Sie sogar ohne alle böse Absichten einzelnen Arbeitern unter die Arme greifen und ihnen dabei sagen: das thun wir, das thut die konservative Partei oder die königliche Staatsregierung, so wird die Folge unzweifelhaft sein, daß diese Arbeiter für sie stimmen, aber weiter wird die Sache auch nicht gehen, mehr werden Sie nicht erreichen. (Heiterkeit.) Von großer Bedeutung scheint es mir allerdings, wenn wir in den letzten zwei Jahren plötzlich Kreise sich mit der Arbeiterfrage beschäftigen sahen, die bisher nichts dafür

gethan, es sei denn nach dem biblischen Spruch: „Verschließe dich in dein Kämmerlein.“ Als aber im vorigen Jahre die Cassalle'sche Agitation eine Agitation von der äußersten Linken herbeiführte, die geeignet schien, der liberalen Partei den Boden abzugewinnen, da wagten sich auf einmal andere Kreise hinein, Bischof Kettler in Mainz und Herr Wagener in Berlin. (Heiterkeit.) Und um dieselbe Zeit, als von den Cassalle'schen Bestrebungen aus Agitationen in den Kreisen, die ich hier zu vertreten die Ehre habe, in Waldenburg und Reichenbach gegen die Fabrikherren angeregt wurden, da nahm sich auch die königliche Staatsregierung derselben an (Hört!), da wurden Untersuchungskommissionen ernannt, von deren Erfolge ich weiter nichts gehört. Es soll auch einigen Webern, die an der Spitze der Agitation standen, Staatsunterstützung gewährt worden sein, um eine Produktiv-Assoziation zu versuchen. Ich erinnere Sie an das Wort eines Mannes (Benjamin Franklin), der selbst als armer Handwerksbursche begann und es zu einem reichen und berühmten Manne brachte, der seinen Namen in die Geschichte der Wissenschaften und seines Vaterlandes eingezeichnet hat. Er sagte einmal: „Wer den Arbeitern sagt, daß sie auf andere Weise als durch Arbeit und Sparsamkeit ihre Lage verbessern können, der ist ein Verführer des Volks!“ (Lauter Beifall.) Meine Herren, wir werden uns nicht fürchten, jede Maßregel zu unterstützen und wir zeigen es auch hier — durch welche der Staat die Rechtsgleichheit gewährt. Faktische Gleichheit wird und kann der Staat niemals gewähren, aber vor der Rechtsgleichheit haben wir keine Furcht. Würde aber der Versuch gemacht, aus thörichter Verbesserungslust oder um hochhaft zu gehen, durch kommunistische oder socialistische Hegeret die Arbeiter in Bewegung zu bringen und die niederen Klassen gegen die höheren aufzubringen, dann werden wir mit Franklin sagen: „Wer das thut, ist ein Verführer des Volks!“ (Lauter und anhaltender Beifall.)

Abg. Waldeck: Ich glaube nicht, daß der Schulze'sche Antrag von besonderer Bedeutung sein wird, weil er nur als ein einzelnes Glied eines großen Ganzen erscheint. Die Gewährung des Koalitionsrechts versteht sich von selbst. Ausnahme-gesetze sind dem jetzigen Standpunkte nicht mehr gemäß, sie sind implicite durch die Verfassung aufgehoben. Auch §. 184 muß aufgehoben werden, es könne ja sonst scheinen, als wolle man ihn beibehalten. Die ganze Gewerbeordnung ist überhaupt eine Aufhebung der Gewerbefreiheit, wie sie in den westphälischen Provinzen schon längst vorher bestanden hatte. Man will jetzt von Seiten der Regierung Kommissionen einsetzen, zur Abgebung eines Urtheils in dieser Sache. Meine Herren! im Jahre 1848 hat man von jener Seite das auch allemal so gehört. War von positiven Rechten die Rede, von Versammlungsfreiheit, von der Freiheit der Presse, vom Selbstgouvernement der Gemeinden, wurden alle diese Freiheiten verlangt, dann sagten sie, die Freiheit ist ganz gut, aber es muß die wahre Freiheit sein. Der Ausdruck war damals sehr beliebt. (Heiterkeit.) In dem Wagener'schen Staatslexikon ist von einer ländlichen „Organisation“ die Rede und da heißt es: „die Leibeigenschaft war eine Organisation der landwirthschaftlichen Arbeiter.“ (Heiterkeit.) In diesem Sinne kann man Napoleon III. bestimmen, daß die Massen über ihre wahren Interessen aufgeklärt werden müssen, und zwar dadurch, daß man sich überzeugt, wie ihnen geholfen werden kann, wenn sie sich einer anständigen Ordnung unterwerfen.“ Dazu gehört denn auch, daß man, wie dies die „N. Dr. Blg.“ ausgedrückt hat, auf die Freiheit des Nomaden und des Affen verzichte“ (Heiterkeit). Was hier unter Freiheit des Nomaden und Affen verstanden wird, ist die Freiheit des Menschen und auf diese Freiheit wollen wir eben darum nicht verzichten. Der Abg. Wagener kennt zwei Wege, den imperialistischen und den parlamentarischen. Nun wohl, den letzteren wollen wir gehen. Wir wollen, wie sie in England besteht und auch bei uns gesetzlich existirt, die einfache Gewerbe- und Associationsfreiheit erhalten, zumal, wenn diese einfachen Sätze bestritten werden und von jener Seite mit dem heiligen Namen der Demokratie loquettirt wird, um den Arbeiter irre zu führen. (Bravo!) Dazu, daß das allgemeine Wahlrecht, an dem ich und meine Freunde festhalten, verlangt wird, um den Arbeitern Staatshilfe zu verschaffen, dazu wird nicht ein einziger wahrer Demokrat, nicht ein preußischer Demokrat von 1848 seine Zustimmung geben. (Bravo links.) Die Lösung der sozialen Frage sei noch nicht an der Zeit. Die Verfassung ist zu schärfen, das gleiche Recht im Staate, in der Gemeinde ist zu erreichen, die Freiheit der Presse ist herzustellen, die Unabhängigkeit der Richter ist zu erhalten (Beifall); wenn das erreicht sei, dann werde man an die soziale Frage herantreten können. Der Redner schließt mit einer Empfehlung des vom Abg. Weibauer gestellten Antrags.

Der Präsident schlägt Vertagung der Debatte vor; das Haus stimmt dem bei. Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort der Abg. Wagener, der sich zunächst gegen die ihn betreffenden Äußerungen Faucher's rechtfertigt. „Herrn Waldeck sage ich meinen Dank, daß er mein Staatslexikon hier als Autorität anführt und bitte ihn, auf diesem Wege fortzufahren. Die Erklärung der Leibeigenschaft in meinem Lexikon können Sie in jedem volkswirtschaftlichen Werke finden. Mit dem Bischof Kettler zusammengestellt zu werden ist mir eine besondere Ehre. Wie man sich gegen Unterstützung der Arbeiter durch den Staat — — — (Rufe links: „Persönliche Bemerkung!“) Wenn der Abg. Zweiten über die Stellung der konservativen Partei — — — (erneuerte Rufe: „Persönlich! persönlich!“) Zum Schluß muß ich zur Ehreerklärung des verstorbenen Cassalle bemerken, daß derselbe niemals ein gekauftes Werkzeug der konservativen Partei — — —). Präsident: Ich muß dem Herrn Redner bemerken, daß ich unmöglich die Ausdehnung persönlicher Bemerkungen auf Widerlegung von Ansichten, welche in der Debatte hervorgetreten, gestatten kann. — Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das

Wort Abg. Waldeck: Ich habe in Bezug auf die Leibes-eigenschaft das Staatsverikon des Hrn. Wagener — — — (Auf rechts: persönliche Bemerkung!) Präsident: Ich bitte auch diesen Redner bei der persönlichen Bemerkung zu bleiben. — Abg. Waldeck spricht fort, die Unruhe auf der Rechten macht das Verständniß seiner Worte jedoch auf der Journalistentribüne unmöglich.

Der Minister-Präsident v. Bismarck erhebt sich. Präsident: Will der Herr Minister-Präsident auch eine persönliche Bemerkung machen? — Minister-Präsident v. Bismarck: Ich will nicht in die Debatte eingreifen, noch eine persönliche Bemerkung, sondern nur eine factische Berichtigung machen. Während einer augenblicklichen Abwesenheit meinerseits während der Rede Twisten's sind, wie ich höre, die Waldenburger Angelegenheiten und die Ermittlungen der Kommission, welche die Regierung dorthin gesendet, zur Sprache gekommen. Ich erlaube mir zu bemerken, daß die Ergebnisse dieser Ermittlungen in der größten Vollständigkeit in kurzer Zeit veröffentlicht werden und freue mich, schon jetzt anführen zu können, daß die Beschwerden, welche von Seiten der Arbeiter, die in der Fabrik beschäftigt waren, gegen den Arbeitgeber gerichtet waren, sich größtentheils als grundlos erwiesen hätten, daß im Gegentheil in der Reichenheimischen Fabrik in wohlwollender Weise für die Arbeiter gesorgt worden ist. Wenn ferner von Experimenten durch Unterstüzung der Arbeiter aus Staatsmitteln gesprochen ist, so bemerke ich, daß eine Unterstützung in einem geringen Umfange, und zwar zur Begründung einer Produktiv-Association (von Webern zu Romawes) aus den Mitteln Sr. Maj. des Königs stattgefunden hat. — Demnächst überreicht der Minister-Präsident den bereits in der vorigen Session eingereichten, jedoch nicht erledigten Staats-Vertrag mit Sachsen-Altenburg wegen Austausch des Dorfes Königshofen gegen die altenburgischen Dörfer Wiezen und Grobsdorf. Die Vorlage wird an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. — Die Sitzung wird darauf um 3½ Uhr geschlossen.

Berlin, 11. Februar.

— Das gestern veranstaltete Festmahl zu Ehren des Herrn Präsidenten Grabow war von etwa 200 Mitgliedern der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses besucht, welchen sich die Mitglieder der Kölner Deputation angeschlossen hatten.

— Der Unteroffizier Lademann vom Brandenburgischen Pionierbataillon Nr. 3 ist wegen seines tapferen Verhaltens vor dem Feinde als Sekonde-Lieutenant im 3. Magdeburgischen Infanterieregiment Nr. 66 angestellt.

Hannover, 8. Febr. Die „S. A. Z.“ vernimmt, daß an der Mitte dieses Monats hier wieder zusammentretenden Civilprozeßkommission auch ein Vertreter für Holstein in der Person des Präsidenten des Appellationsgerichts in Flensburg an den Beratungen theilnehmen würde. Uebrigens ist der Wiederzusammentritt der Kommission überhaupt noch nicht durchaus zweifellos. Dem „Fr. Z.“ theilt man aus guter Quelle mit, daß Desterreich noch vor zwei Monaten den Frankfurter Senat ersucht habe, die Konferenz nicht mehr zu beschicken.

Kopenhagen, 6. Febr. Die Verhandlungen der zweiten Reichsrathskammer in der Verfassungsfrage sind von geringerem Interesse, weshalb ich nur notire, daß der Ex-Ministerpräsident Hall bis auf eine veränderte Zusammenfassung des Landstings für die Aufrechthaltung der Bestimmungen des dänischen Staatsgrundgesetzes auftrat. Diese Schwentung des Herrn Hall ist aber um so unerklärlicher, als Herr Hall in der Eigenschaft eines Schöpfers der Novemberverfassung für Dänemark-Schleswig gerade derjenige Staatsmann war, welcher durch die entsprechende Handlungsweise zunächst das vorjährige energische Auftreten der beiden deutschen Großmächte gegen Dänemark rechtfertigte.

Paris, 8. Febr. Die Ultramontanen speien Feuer und Flammen gegen das Vorgehen des Kaisers von Mexico in Beziehung auf die Kirchengüter. Man wirft ihm vor, daß er ganz in die Bahnen von Suarez eingelenkt habe. Namentlich der „Monde“, der noch vor Kurzem seine Schadenfreude über die Einzigkeit der Güter der nicht rechtgläubigen Kirche in Rumänien geäußert hatte, zeichnet sich durch seine Wuth aus. Dagegen ist nur zu bemerken, daß Suarez die Kirche beraubte, ohne den Eigenthümern eine Entschädigung zu geben, während Kaiser Maximilian zwar die Zahl der religiösen Klöster beschränkte, aber zugleich die Geistlichkeit seines Landes anständig besolden will. Freilich dies ist in den Augen der Ultramontanen das schwerste Vergehen des mexikanischen Kaisers, daß auch er nun seinen Staat nach dem Vorbilde der europäischen Staaten auf bürgerlichen Grundlagen einrichten will.

— Nach der „France“ liegt augenblicklich ein sehr wichtiger Gesetzentwurf über die Gemeindevahlen zur Berathung im Staatsrath vor. Nach dem bestehenden Recht werden die Gemeinverräthe in ihrer Totalität alle 5 Jahre neu gewählt. Nach dem betreffenden Gesetzentwurf handelt es sich darum, den Municipalräthen ein Mandat von 9 Jahren Dauer zu geben und alle drei Jahre ein Drittel der Mit-

glieder zu erneuern. Dieses System existirt bereits für die Generalräthe und soll die Ansicht vorherrschen, dasselbe auch auf den gesetzgebenden Körper auszu-dehnen, der nach dem Artikel 38 in seiner Totalität alle 6 Jahre erneuert wird.

Petersburg, 4. Febr. Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften soll demnächst eine Umgestaltung erfahren, nachdem schon Ende 1863 ein kaiserlicher Befehl die Revision ihrer Statuten angeordnet hat. Mit dieser Aufgabe ist eine besondere Commission betraut, an deren Spitze der Vice-Präsident der Akademie, Bunjakowski steht. In ihrer neuen Organisation soll die Akademie, wie ein hiesiges Blatt sich etwas allgemein ausdrückt, die ihr gebührende Stellung erhalten, indem sie, selbst an den wissenschaftlichen Fortschritten der civilisirten Welt theilnehmend, den russischen Gelehrten die Aneignung jener zu erleichtern und die Arbeiten derselben auf allen Gebieten der Wissenschaft zu unterstützen und zu ermutigen berufen wird. — Die Akademie hat übrigens im Laufe des letzten Jahres durch den Tod mehrerer ihrer bedeutendsten Mitglieder schwer auszufüllende Lücken erfahren. Anfang März starb ihr Präsident, wirkl. Geheimrath Graf Blustow, nachdem ihm der Akademiker Wostokow vorangegangen war; ihm folgten im Mai die Akademiker Schewyrew und v. Köppen und am 23. November der weltberühmte Astronom W. v. Struve.

— In drei Gouvernements haben die Adelsversammlungen Beschlüsse dahin gefaßt, daß der Adel sich des Rechts der Befreiung vom Soldatendienst gern begeben werde, wenn das Aushebungssystem auf den Fuß des in Preußen üblichen normirt würde. Merkwürdig ist, daß der Beamtenadel gegen diese Idee, welche ein großer Theil des Geburtsadels anregt, mit aller Gewalt ankämpft.

Newyork, 27. Febr. Eine aus eif Schiffen, darunter drei Panzerschiffen bestehende Flotille der Conföderirten, fuhr am 23. von Richmond den Jamesfluß hinab, allem Anschein nach um das nordstaatliche Geschwader daselbst zu überrumpeln und Grant's Vorräthe bei City Point zu vernichten. Der Versuch mißlang gänzlich; das Geschwader konnte von Glück sagen, daß es mit heiler Haut nach Richmond zurückkehrte. Seitdem hat Admiral Farragut Ordre erhalten, sofort das Commando zu übernehmen, um einem neuen derartigen Angriff die Spitze bieten zu können. General Stocum's Corps hat sich mit Grant vereinigt; 27,000 Mann Verstärkung sind angeblich von Nashville für Sherman unterwegs. Letzterer nämlich soll dem Kriegs-Departement gemeldet haben, daß die ihm gegenüberstehende Truppenmacht viel größer sei, als er erwartet habe. Admiral Porter meldet, daß er in jedem der Forts am Cape-Fear-Flusse eine Armstrong-Kanone mit dem Fabrikzeichen der Britischen Regierung gefunden habe. Die Summe der von ihm erbeuteten Vorräthe ist ungeheuer. Die von ihm zu Wasser und zu Lande gegen Wilmington vorgenommenen Recognoscirungen jedoch haben sämmtliche Punkte stark besetzt gefunden.

### Locales und Provinzielles.

Danzig, den 13. Februar.

— Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht, den nachbenannten Personen für Auszeichnung in dem vorjährigen Feldzuge Orden etc. zu verleihen, und zwar: beim 3. Garde-Regiment zu Fuß: dem Portepée-Fähnrich, jetzigen Secunde-Lieut. Boehmer und den Feldwebeln Deimel und Bundrock das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse.

— Herr v. Besser, Sec.-Lt. v. 3. Garde-Regt. z. F. ist in das 1. Rhein.-Inf.-Regt. Nr. 25 versetzt. Hr. Haaf, Zeug.-Lieut. v. Art.-Depot in Danzig, ist zum Art.-Depot in Pillau versetzt. Hr. Müller, Zeug.-Feldw. von der 2. Art.-Festungs-Inf., zum Zeug.-Lt. bei dem Art.-Depot in Danzig befördert.

— Herr Moriz, Major a. D., Garnison-Verwaltungs-Direktor in Thorn, ist zum Garnison-Verwaltungs-Direktor ernannt.

+ In diesen Tagen traf ein Theil der für die königliche Marine in London bestellten Anker- und Ketten-Probir-Maschine aus der Fabrik von Robinson und Cottam mit der Eisenbahn hier ein. Durch diese patentirte Maschine erhält die königliche Werft, auf welcher dieselbe aufgestellt werden wird, ein werthvolles Experimentalmittel um die Haltbarkeit derjenigen Inventarstücke zur Stelle zu prüfen, von denen das Leben der Mannschaften und die Erhaltung der Schiffe abhängig sind.

+ Herr Dr. Rudloff wird am nächsten Mittwoch im kleinen Saale des Gewerbehause einen Vortrag über „englische Erziehung“ halten. Da derselbe Pädagoge ist und längere Zeit in England

gelebt hat, so darf man erwarten, daß dieser Vortrag nicht nur viel des Interessanten enthalten, sondern auch für Eltern und Erziehern von practischem Nutzen sein werde.

§§ Der am vergangenen Sonnabend im Selonkischen Etablissement stattgefundene zweite Maskenball in diesem Winter hatte sich wiederum einer regen Theilnahme des Publikums zu erfreuen; die Zuschauerplätze in den Logen und im Saale waren vollständig besetzt und im Saale selbst war ein buntes Gemisch der mannigfachsten Charaktermasken und Dominos. Die aufgeführten Tänze und die sonstigen Maskenscherze erregten allgemeine Heiterkeit und im Ganzen herrschte, trotz des Frohsinns der Gesellschaft, ein anständiger Ton. Um das Gelingen des Arrangements hat sich besonders der Balletmeister Rinda anzuerkennende Verdienste erworben.

— In der verflossenen Nacht war die Kälte auf 28 Grad R. gestiegen und mußten die Schutzleute welche die Speicherwache haben, abgelöst werden.

+ In der heutigen Sitzung des hiesigen Criminal-Gerichts wurde eine Anklage gegen Johannes Ronge wegen eines Preßvergehens, dessen er sich während seines Aufenthaltes am hiesigen Orte im Monat August v. Z. schuldig gemacht, verhandelt. Der Angeklagte, gegen welchen, da er nicht persönlich erschienen war, in contumaciam verhandelt wurde, wurde zu einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen verurtheilt.

### Stadt-Theater.

Gestern gab Herr Friedrich Devrient seine zweite Gastrolle. Er hatte die Rolle des „Heinrich“ in dem allbekannten Holtei'schen Schauspiel: „Lorbeerbaum und Bettelstab“ gewählt. Diese Rolle wird von Virtuosen in der Schauspielkunst häufig für ihre Gastspiele in Anspruch genommen, weil sie Alles enthält, was dem Künstler Gelegenheit giebt, bei ihrer Ausführung zu glänzen. Es kann sie aber auch nur ein Virtuose spielen. In der Hand eines mittelmäßigen Schauspielers wird sie zur widerlichsten Caricatur. Der Erfolg, den gestern Hr. Friedrich Devrient in dieser Rolle erreicht hat, beweist zur Genüge, daß er zu den berühmtesten Virtuosen der gegenwärtigen Schauspielkunst gehört. Unsere Theaterfreunde werden die Gelegenheit, ihn noch in andern, seiner hohen Begabung entsprechenden Rollen zu sehen, nicht ungenutzt vorüber gehen lassen. Denn er, Friedrich, erinnert in merkwürdiger Weise an Ludwig, nämlich an Ludwig Devrient, welcher der Größte aller derjenigen ist, welche jemals die Bretter, so die Welt bedeuten, betreten haben. Unter den Mitwirkenden bewies sich Herr Jürgen wieder als ein Künstler nicht nur von ächtem Schrot und Korn, sondern auch von seinem Gefühl. Fr. Ciffel gab sich alle Mühe, die Schärfe ihrer Sprachweise zu mildern. Wir wünschen dieser Mühe den besten Erfolg.

### Gerichtszeitung.

Berlin. Vor der siebenten Deputation des Criminal-Gerichts erschien heute der Herausgeber des „lustigen Volks-Kalenders“ und der Glasbrennerischen „Montags-Zeitung“, Schriftsteller Adolph Glasbrenner unter der Anklage mittelst eines, die Ueberschrift „Der kleine Wanstup, oder die Kunst in 24 Stunden konservativ zu werden“, führenden humoristischen Artikels, die Staatsangehörigen zu Haß und Verachtung gegen einander anzureizen, und dadurch im Sinne des § 100 des Strafgesetzbuches den öffentlichen Frieden gefährdet zu haben. Der gedachte Artikel, welcher ursprünglich in dem, in Wien bei Markgraf erschienenen lustigen Volks-Kalender enthalten und demnächst in die „Montags-Ztg.“ übergegangen war, enthielt eine Reihe satyrischer Vorschriften zum Konservativwerden im Sinne der Feudalen. Der Angeklagte erklärte zwar nicht Verfasser des betreffenden Artikels zu sein, denselben aber vertreten zu wollen. Er bestritt, daß derselbe eine Friedensstörung enthalte. Der Staatsanwalt von Mörs führte in seinem Plaidoyer aus, daß diejenigen Meinungen und Handlungen, von welchen in den inkriminirten Stellen die Rede sei, indirekte Vorwürfe gegen die konservative Partei im Staate enthalten, durch welche dieselbe in den Augen der übrigen Parteien herabgesetzt werden müsse. Der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Holtzoff bestritt die Anwendbarkeit des § 100, weil, wie er ausführte, der Ausdruck „konservative Partei“ ein wesentlicher Begriff sei, da es ganz von den Strömungen der Politik und von der jedesmaligen Regierung abhängt, welche spezielle Partei im Staate die konservative genannt werde. Abgesehen davon, sei der Artikel nicht geeignet, Haß und Verachtung zu erregen, sondern nur Lachen und Heiterkeit, und es werde wohl Niemand im Staate geben, der sich durch diesen Artikel bewogen finden werde, die konservative Partei zu haßen und zu verachten. Angenommen aber auch, es fänden sich hin und wieder Personen, bei denen diese Wirkung durch den Artikel hervorgebracht werde, so geschehe es mindestens nicht in der Allgemeinheit, daß man von einer Gefährdung des öffentlichen Friedens sprechen könne. Der Gerichtshof sprach über den Angeklagten das Nichtschuldig aus. Der Präsident führte aus, daß „konservative Partei“ keineswegs ein bloß wesentlicher Begriff sei, daß durch diesen Ausdruck vielmehr eine ganz bestimmte Partei von Staatsangehörigen bezeichnet werde, daß aber der Artikel seinem ganzen

Inhalte und Zusammenhänge nach nur eine Satyre auf einzelne Persönlichkeiten und nicht geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu gefährden.

### Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 11. Febr. Alle Gattungen Weizen wurden in d. W. um 1 Sgr. pro Scheffel billiger, da die wenigen aktiven Käufer nur nach Laune kauften. Bei dem strengen Frost ist die nahe Ankunft von Dampfern nicht zu erwarten und so fehlt die Anregung, welche deren Beladung sonst bieten würde. Der Umsatz stieg dennoch auf 600 Lasten Weizen. Koher war dieses Mal stärker vertreten wie bisher; guter 124. 30pfd. brachte 54—57—60 Sgr. Hochbunter und weißer 130. 34pfd. ist auf 65—67—70 Sgr., hellfarbiger 126. 28pfd. auf 58½—62½ Sgr., gutmittler 124. 26pfd. auf 54—57 Sgr., ordinärer 116. 22pfd. auf 40—50 Sgr. zu notiren. Alles auf 85 Zollpfd. — Von Roggen kamen nur 80 Lasten, wodurch eine kleine Steigerung von ½ Sgr. erzielt wurde. 121. 24pfd. 35½—36½ Sgr., 126. 28pfd. 37—38 Sgr. Alles auf 81½ Zollpfd. — Auch von Gerste war die Zufuhr schwach, und die etwas besseren Preise scheinen keine stärkere herbeiziehen zu wollen. Kleine 106. 10pfd. 28—30 Sgr., schöne weiße 112. 14pfd. 31 bis 33 Sgr. Große 112. 19pfd. 32—35 Sgr. für gemessenen Scheffel. — Trockene Erbsen waren der einzige gefragte Artikel und wurden nach Beschaffenheit 42—44—47 Sgr. pro 90 Zollpfd. bezahlt. Weiche sind schwer unterzubringen auf 30—40 Sgr. — Von Spiritus kamen 450 Tonnen, wofür 13½, gestern für 13½ Thlr. pro 8000 gemacht wurde, und letztere Notizung dürfte kaum als feil gelten. — Die strenge Witterung brachte auch Schneefall bei hohem Barometerstande. Die Landwege müssen nun gut fahrbar sein, allein die in diesem Fall erwarteten bedeutenden Zufuhren sind bis jetzt ausgeblieben.

### Angekommene Fremde.

#### Englisches Haus:

Rittergutsbes. Steffens a. Mittel Goltkau. Kaufm. Senf a. Augsburg, John W. Bell a. Sunderland, Kleemann a. London, Müller a. Hamburg, Bohne a. Bremen u. Meyer a. Glauchau. Fabrikant Habich a. Cassel.

#### Hotel de Berlin:

Die Kaufm. v. Bärle a. Zürich, Fließ a. Berlin, Horn u. Hoffschild a. Stettin, Wolf a. Naumburg a. S., Krebs a. Halberstadt u. Herz a. Osnabrück.

#### Walter's Hotel:

Oberst a. D. v. Nibel u. Major u. Rittergutsbes. v. Zastrow a. Bendorau. Kreis-Baumeister Baumgart a. Carthaus. Fabrikant Burthardt a. Schmalkalden. Fräul. Bredow a. Thorn.

#### Hotel zum Kronprinzen:

Die Rittergutsbes. Schulz u. Nibbold a. Buschpohl, Rasche a. Stuhm u. v. Blumberg a. Saviat. Kreis-Baumeister Rath a. Elbing. Defonom Kühn a. Senkau. Die Kaufm. Gottheil u. Hirschfeld a. Hamburg, Vorwein, Grünau u. Steller a. Stettin, Repler a. Dranienburg, Bredelt a. Dresden, Gebr. Joachimsohn a. Kolietzen, Rhyne u. Meyer a. Berlin, Rosenberga. Breslau, Westphal a. Leipzig u. Curthum a. Diefeld.

#### Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Gutsbes. Heyer a. Liebschau und Plehn aus Borkau. Kaufm. Schulze a. Stettin.

#### Hotel d'Oliva.

Die Rittergutsbes. Fiebig a. Gossoczin u. v. Koczis-Kowicki a. Kl. Berlin. Gutspächter v. Koczis-Kowicki aus Rosdow. Die Kaufm. Bollbrecht a. Nordhausen, Steiner u. Landsberg a. Berlin und Albrecht a. Magdeburg. Rentant Fischer a. Stettin.

#### Hotel de Thorn:

Die Rittergutsbes. v. Krauenid a. Bromberg und v. Buggenhagen a. Polzin. Die Gutsbes. Ziehm aus Marienburg u. Rohrbach a. Gdlin. Baumstr. Steeger a. Stettin. Die Kaufm. Reiser a. Stargard in Pomm., Treptow a. Angermünde, Zander a. Magdeburg, Liefenberg a. Elberfeld und Kannengießer a. Osnabrück. Fabrikant Wille a. Greifswalde. Pract. Arzt Zante a. Berlin.

#### Deutsches Haus:

Rittergutsbes. v. Ringing a. E. mertbin, E. Hübner a. Kl. Eichstädt und D. Hübner a. Kloster Donndorf. Amtmann F. Hübner a. Weiffenschirmbach. F. I. Rent. ère v. Zadow a. Berlin. Gutsbes. Scotte n. Gartin aus Oberschmon. Ober-Amtmann v. d. Ernt a. Wustrow. Die Kaufm. Göbel a. Königsberg, Hoffmann a. Berlin, Selchow a. Glauchau und Haagen a. Magdeburg. Commis Steinig a. Frierburg. Insp. für Meienthal a. Carthaus. Probst v. Kurnarowetz u. Parrer Lepky a. Thorn. Decan v. Grabowetz a. Bromberg. Agent Walter a. Schneidemühl. Defonom Träge a. Nalef. Französi. Privat-Courir de Gravière a. Rouen.

### Meteorologische Beobachtungen.

12 12	343.67	—	94	Deffl. klar, hell u. schön.
13 8	343.24		142	do. do. do.
12	343.18		110	do. do. do.

### Course zu Danzig am 13. Februar.

Westpr. Pf.-Br.	3½%	83½	gem.
do.	4%	94½	—
Pr. Rentenbriefe		97½	—

### Börsen-Verkäufe zu Danzig am 13. Februar.

Weizen, 70 Last, 133pfd. fl. 420; 132, 133pfd. fl. 412½; 130. 31pfd. fl. 400; 129pfd. fl. 380, 385; 127pfd. fl. 365; 125pfd. fl. 350; 122pfd. fl. 330; 125pfd. blauip. fl. 295 Alles pr. 85pfd.  
Roggen, 124. 25pfd. fl. 219; 127pfd. fl. 225 pr. 81½pfd.  
Kleine Gerste, 108pfd. fl. 174; 115pfd. fl. 168.  
Weiße Erbsen fl. 240, 276 pr. 90pfd.

## Bei L. G. Homann, Jopengasse 19,

ging in neuester Auflage ein:  
(Zur Selbstanfertigung vieler Handelsartikel:)

## Der industriöse Geschäftsmann, oder 400 Anweisungen

zur Fabrication vieler Handelsartikel, als: künstliche Weine, Aquavite, Essige, Pefen, Parfümerien und Seifen, Firnisse, Extracte, Chokoladen, Mostiche, Labade, Stiefelwachsen, Tinten; ferner: Räucherpulver, Magenliqueure, Universal-Pflaster, Hufeland'sches Zahnpulver etc. Von Albrecht Simon, Chemiker. Sechste Auflage. Preis 25 Sgr.

Für Materialisten, Restaurateure, Techniker und jeden andern Geschäftsmann ist dies Buch sehr nützlich. Durch Anfertigung dieser Handelsartikel kann man nicht nur sein Geschäft sehr erweitern, sondern auch sich ein bedeutendes Vermögen erwerben.

Ueber 10,000 Exemplare sind davon abgesetzt!

### Stereoskopen-Bilder,

das Neueste, was von denselben erschienen, unter welchen insbesondere die Ansichten vom Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein und der Juden-Kirchhof in Prag sich auszeichnen, werden täglich ausgeliefert.

Holzmarkt 14, 2 Tr. h.

Ein Armband von Aluminium in Form von zusammengefügt Medaillons, worauf Rosen-Bouquette eingravirt, wurde beim Selonke'schen Maskenballe, Morgens in der vierten Stunde, verloren gegangen. Da dasselbe ein Andenken ist, wird sehr gebeten um Rückgabe gegen Belohnung des Werthes.

Portechaifengasse 3.

In Leipzig erscheint und ist durch alle Postämter zu beziehen:

## Leipziger Abendpost.

Großes politisches Journal mit reichhaltigem Feuilleton. Erscheint wöchentlich 6 Mal. Preis vierteljährlich 1 Thaler.

### Bekanntmachung.

## Die Englisch-Deutsche Genossenschafts-Bank in London und Berlin

ist errichtet, um durch Creditgewährung und Baarzahlung auf Waaren, Werthpapiere, Wechsel und Rechnungen den Handel zu unterstützen.

Diese Bank wird nicht nur großen Häusern in ihren Beziehungen zum Auslande, speciell zu England, von Nutzen sein, sondern hat sich die Hauptaufgabe gestellt, dem Kleinen Kaufmann und Fabrikanten, dem Handwerker, sowie überhaupt jedem Industriellen, den Weg zu bahnen, um zu jeder Zeit flüssiges Geld, nach Maßgabe seiner Geschäfte, ohne Opfer und großen Zinsverlust erlangen zu können.

Die Englisch-Deutsche Genossenschaftsbank in Berlin wird ihren Mitgliedern Bezug- und Absatzquellen aller Fabrikate nachweisen; dieselbe wird Vorschüsse auf Rechnungen jeder Art machen, um das usancemäßige Ziel nicht empfinden zu lassen; dieselbe wird Waaren jeder Art beleihen, sowie endlich Blanco-Credit mit und ohne Garantie dritter Personen gewähren.

Grundcapital: 2 Millionen Pfund Sterling oder 13,333,333 Thlr. 10 Sgr.

Die Bank rivalisirt in ihren Geschäften mit allen königlichen und Privat-Geld-Instituten, indem sie außerdem auch dem Kleinen Gewerbetreibenden die Hand bietet.

Creditsuchende haben ein Zehntel des beanspruchten und gezeichneten Credits einzuzahlen und nehme ich Zeichnungen von 200 bis 66,000 Thlr., sowie Einzahlungen von 20 bis 6000 Thlr. entgegen. — Für die Einzahlung sind Theilzahlungen zulässig, auch werden Wechsel dafür angenommen.

Die Englisch-Deutsche Genossenschaftsbank in Berlin wird selbst Capitalisten die gewinnreichste Anlage ihrer Gelder gewähren, da, dem großen Zwecke des Instituts entsprechend, ein bedeutender Nutzen zu erwarten ist.

Prospecte und Statuten liegen bei mir zur Einsicht und Gratis-Abgabe bereit. Beitritts-Erklärungen nehme ich entgegen, sowie ich jede Auskunft bereitwilligst auf franco Anfragen ertheile.

## Max Meyer, Stettin,

Commanditair der Englisch-Deutschen Genossenschaftsbank für die Provinzen Pommern, Ost- und Westpreußen.

## Stadt-Theater zu Danzig.

Dienstag, den 14. Februar. (Abonnement suspendu.)

Benefiz für Herrn Bergmann.

Zum ersten Male:

## Hans Lange.

Schauspiel in vier Akten von Paul Heyse.

Mittwoch, den 15. Febr. (5. Abonnement No. 14.)  
Faust und Margarethe. Große Oper in fünf Akten von Barbier u. Carré. Musik von Gounod.

## Französisch

lehrt unter Garantie Jedem ohne Vorkenntnisse auf die leichteste Weise, bei gleichzeitig interessanter Lecture, binnen 6 Monaten, elegant lesen, schreiben und sprechen — die Reyer'sche

### deutsch-franz. Unterrichts-Zeitung.

Diese neue Methode ist unfehlbar und übertrifft den weit theureren mündlichen Unterricht. Jeder Schüler kann sich schon nach kurzer Zeit in der franz. Sprache verständlich machen. Ein vollständiges

### „franz. und deutsches Wörterbuch“

wird jedem Abonnenten extra und gratis geliefert. Für Eltern, welche durch diese Zeitung ohne eigene Kenntnisse die Kinder selbst unterrichten können, für ganze Gesellschaften, die mit Hilfe der Zeitung einen Lehr-Cursus eröffnen wollen, sowie zum Selbstunterricht für Jeden, der rasch und billig zum Ziele kommen will, ganz besonders zu empfehlen.

Preis: } 1 Monat = 64 Seiten Lectionen 1 Thlr.  
} Vollständ. Unterricht (900 Seit.) nur 5 Thlr.

Pränumerando bei umgehender vollständiger Uebersendung, Eintritt jeden Tag. Nicht zu verwechseln mit sogenannt. Unterrichts-Briefen, welche weit theurer sind, dabei nicht das so nothwendige Wörterbuch liefern, überhaupt mit unserer spannenden Lehrmethode nichts gemein haben! — Prospecte direct und in allen Buchhandlungen gratis. Bestellungen an:

A. Retemeyer's Zeitungs-Bureau in Berlin.

Für Danzig und Umgegend werden Abonnements in der Expedition des Danziger Dampfschiffs angenommen und Prospecte verabfolgt.

## Kölner Dombau-Loose sind noch zu haben

bei Edwin Groening.

Bei Edwin Groening ist erschienen:

## Das große Danziger Stadtfest.

Humoristische Zusammenstellung der eigenthümlichen Benennungen der Danziger Straßen, Gassen u. Plätze. Preis 2 Sgr.